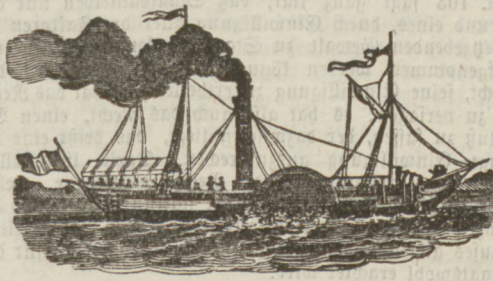


# Danziger Dampfboot.

№ 19.

Samstag, den 23. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Postfachgasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Tblr. — Stiefle auch pro Monat 10 Sgr.



1864.

35ter Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltheile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:  
In Berlin: Metemeyer's Centr.-Rtas.-u. Annonc.-Bureau.  
In Leipzig: Illgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau.  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.  
In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haafenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 22. Jan.

Der Bundestag hielt heute eine Sitzung, worin Oesterreich und Preußen den Beginn des Durchmarsches ihrer Truppen durch Holstein nach Schleswig anzeigten. Die Bundesversammlung war darüber allgemein einverstanden, daß die Verhältnisse der Bundescivilcommissäre in Holstein, so wie das Commando des Generals Hade über die sächsischen und hannoverschen Executionstruppen davon unberührt bleiben und sind demgemäß genaue Instruktionen den Betreffenden erteilt worden. Die österreichisch-preussischen Brigaden erster Reserve gehen zum österreichisch-preussischen Occupationscorps über.

— Die gestrige „Indeped. belge“ bringt ein Telegramm aus Frankfurt a. M. vom 20., wonach der dänische Conseilpräsident Monradt eine vom 6. d. M. datirte Note an den Wiener und andere Höfe gerichtet und darin eine Intervention gemäß dem Pariser Protokoll vom 14. Aug. 1856 verlangt hat; inzwischen soll der Status quo aufrecht erhalten bleiben. Eine schwedische in ähnlichem Sinne abgefaßte Note ist an verschiedene Cabinette abgegangen.

Hamburg, 22. Jan.

Die mit dem gestrigen Abendzuge von Altona eingetroffenen Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesdeputationen wurden auf dem dortigen Bahnhofe mit Musik und ungeheurem Jubel empfangen. Sie kamen Nachts in Begleitung großer Volksmassen hierher, wo in Zinggs Hotel eine Berathung stattfand.

— Das Thermometer zeigt 5 Grad über Null und es regnet; doch wird das Eis noch mit Wagen befahren. — Nach der „Börsenhalle“ trifft der Feldmarschall Wrangel morgen früh um halb 5 Uhr mittelst Extrazuges hier ein.

Kiel, 21. Jan.

Nach Abmarsch des Sachsen-Bataillons bezog die Turnerfeuerwehr die Wachen. Morgen und übermorgen werden 4000 Oesterreicher erwartet. Oberst Duplat (Chef des Militairdepartement des Herzogs Friedrich) ist aus Gotha hier eingetroffen.

Dresden, Freitag, 22. Jan.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurden die Anträge des Ausschusses in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage, einstimmig angenommen. Der Minister von Beust sprach in versöhnlichem Sinne, betonte jedoch entschiedenes Festhalten des von der sächsischen Regierung eingenommenen rechtlichen Standpunktes, und hofft denselben schließlich zur Geltung zu bringen.

Lemberg, Freitag, 22. Jan.

Die am 17. d. M. aus dem Zolkiewer Kreise in Galizien nach Polen übergetretene Reiterabtheilung unter Komorowski soll von den Russen geschlagen, ihr Anführer gefallen oder doch verwundet sein. Auch keine Insurgentenabtheilung unter Cwiel ist bei Krasnabrod geschlagen worden; einige Flüchtlinge derselben überschritten im Przymysler Kreise die österreichische Grenze.

Turin, 22. Jan.

Ein Circular des Ministers des Innern an die Präfecten macht dieselben auf die Umtriebe der Actionspartei aufmerksam, welche beabsichtigte, sich die Befugnisse des Königs und des Parlaments anzueignen und glauben zu machen suche, als genieße sie im Geheimen die Unterstützung der Regierung. Das Ministerium sei entschlossen, die Umtriebe aufzudecken und jeden Versuch zu unterdrücken. Die Präfecten

werden angewiesen, eine thätige Ueberwachung auszuüben und die Strenge des Gesetzes anzuwenden.

Stockholm, 21. Jan.

Die bevorstehende Occupation Schwedens hat eine wachsende Bewegung für Dänemark in allen Landestheilen hervorgerufen. Man richtet Adressen nach Stockholm, es bilden sich Comités für Geldsammlungen und Freiwilligenanwerbungen. Die Kriegsrüstungen werden mit verdoppeltem Eifer in Schweden und Norwegen betrieben.

London, Donnerstag, 21. Jan.

Nach Berichten aus Shanghai vom 8. Dezember hat General Gordon die von den Taipings besetzte Stadt Soo-Cheo (östlich von Nanking) eingenommen. Der den Konföderirten gehörige Dampfer „Alabama“ war in Singapore eingetroffen.

London, 22. Jan.

Die heutige „Times“ schreibt: Dänemark verwarf nicht unbedingt das Ultimatum, sondern verlangte eine längere Bedenkfrist. — Die „Morning Post“ erklärt die gestrige Angabe der „Times“ für incorrect; Dänemark habe bloß dem englischen Cabinet die Bereitwilligkeit angedeutet, den Reichsrath behufs der Abschaffung der Verfassung einzuberufen, da das Cabinet dazu incompetent sei. Weitere Versöhnungsanträge seien hier nicht eingetroffen.

## Landtag.

### Haus der Abgeordneten.

29. Sitzung, Donnerstag, 21. Januar.

Am Ministertische: anfänglich nur Regierungs-Kommissäre, später treten die Minister v. Bismarck, v. Roon, v. Bodelschwingh, Graf v. Tzenpliz, und v. Selchow ein.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung (die Zwölf-Millionen-Anleihe). Den zweiten Gegenstand bildet der mündliche Bericht derselben Kommission über die von den Abg. Schulze (Berlin) und v. Carlowitz beantragte Resolution, die schleswig-holsteinische Frage betreffend. Der Präsident schlägt hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung vor, über beide Gegenstände zugleich die Generaldiskussion zu eröffnen, da die Gründe für die Resolution zugleich Gründe gegen den Gesetzentwurf seien, so daß in die Spezialberatung über die einzelnen Paragraphen einzutreten und endlich über die Resolution abzustimmen.

Abg. Dr. Freie (Minden) wünscht wenigstens eine Spezialdiskussion über die Resolution.

Abg. Dr. Waldeck: Korrekter wäre die Theilung der Generaldebatte, eine besondere Spezialdiskussion über die Resolution sei nicht thunlich. — Bei der Abstimmung über die Frage, ob auf die gemeinschaftliche Generaldiskussion eine Spezialdiskussion über die Resolution stattfinden solle, verneint das Haus dieselbe, worauf die Generaldiskussion über die Anleihe und die Resolution eröffnet wird. — Ein vom Abg. Grote eingebrachtes und genügend unterstütztes Amendement verlangt die Herstellung der ursprünglichen Fassung des Article 3. der Resolution.

Referent Abg. Ahmann. Das Haus habe sich deshalb, seitdem die Anleihevorlage vor sein Forum gelangt sei, alle Mühe gegeben, Information über die Seiten der Regierung in Aussicht genommene Politik zu verschaffen, um Erklärungen herbeizuführen, welche ihm ein zustimmendes Votum ermöglichen. Diese Mühe sei leider erfolglos geblieben oder habe doch nur zur Folge gehabt, dem Hause eine erschreckende Sicherheit über die Ziele der Regierungspolitik zu verschaffen und ihm die Nothwendigkeit eines ablehnenden Votums aufzuerlegen. Seitdem der vorliegende Bericht der Kommission festgesetzt worden, sei die von Preußen und Oesterreich am 14. d. M. beim deutschen Bunde über die Besetzung von Schleswig abgegebene Erklärung in authentischem Wortlaute bekannt geworden. Durch diesen Beschluß greife die preussische Regierung unzweifelhaft in die Kompetenz

des deutschen Bundes ein und handle einem ausgesprochenen rechtsgiltigen Bundesbeschluß entgegen, nämlich dem auf Anregung Preußens und Oesterreichs selbst gefaßten Bundesbeschluß vom 28. Dez. v. J., nach welchem der Schutz des verfassungsmäßigen Rechtes von Schleswig als ein dem deutschen Bunde zustehendes und von diesem eventuell durch Besetzung Schwedens geltend zu machendes Recht anerkannt worden ist. Oesterreich und Preußen hätten durch die Art, wie sie die Verhandlungen mit Dänemark im Jahre 1851 geführt, selbst zugegeben, daß die eigentlichen Kontrahenten der damals auch rücksichtlich Schwedens getroffenen Vereinbarungen der deutsche Bund einerseits und Dänemark andererseits seien. Bei der Erklärung Preußens und Oesterreichs vom 14. d. M. fehle es aber diesen Regierungen an jeder Legitimation, etwa für oder im Namen des deutschen Bundes zu handeln, dessen ausgesprochener Wille vielmehr jenen Mächten entgegenstehe. Preußen mache sich also eine ihm nicht zustehende Befugnis an. Welche Absicht es dabei verfolge, sei klar. Preußen wolle die thatsächlichen Erfolge der Bundesdeklaration, wie sie in Holstein eingetreten, für Schleswig ausgeschlossen wissen, und die preussische Regierung trete hierdurch in offenen Konflikt mit dem preussischen Volke, mit der Mehrzahl der deutschen Regierungen und fast mit der gesammten deutschen Nation. (Zustimmung.) Die preussische Politik werde geleitet durch persönliche Sympathien und Antipathien, sowie durch das Interesse der Partei des Herrn v. Bismarck, dem Vertrauensstreue nur als ein gelegentlich anzubringendes Argument gilt. (Beifall.) Für dieses Haus stehe es fest, daß Herr v. Bismarck dem deutsch-patriotischen Bestreben der Mittelstaaten entgegen sei, und seine Politik könne in diesem Hause keinen Anhalt gewinnen, Herrn v. Bismarck irgend zuzustimmen. (Bravo.) Der Herr Ministerpräsident möge vielleicht in gewohnter Weise die Anfeiern zücken über die 352 Laien, welche die Richtung seiner Politik zu tadeln sich unterfangen, aber so lange es ihm nicht gelingen sein werde, ein neues Wahlgesetz durchzuführen, welches allein im Stande sein werde, Diplomaten aus seiner Schule auf die Bänke des Abgeordnetenhauses zu bringen (Geisterheit), werde das preussische Volk nur Vertreter hierherenden, die ihren Entschlieungen die Ehre und das Recht zu Grunde legen, wie sie dieselben verstehen. (Bravo.) Wenn nun die Politik des Herrn v. Bismarck Preußen aus seiner Stellung als deutsche Großmacht herausdrängt und es als Diener Oesterreichs zum Feinde Deutschlands werden läßt, wenn unsern braven preussischen Heere das schmachvolle Loos zufallen solle, gegen unsere deutschen Brüder zu kämpfen und Holstein wieder den Dänen auszuliefern und das alles nur, weil Herr v. Bismarck die preussische Politik leitet, dann soll wenigstens Deutschland wissen, daß wir zu ihm und nicht zu Herrn v. Bismarck stehen und alle uns zuflüchtenden Mittel anwenden werden, um diese Politik zu bekämpfen (allgemeines Bravo!). In den Händen dieses Ministeriums ist Preußen entweder zur Ohnmacht oder zum Selbstmord verdammt; unter diesen Umständen haben wir keine Wahl: wir ziehen die Ohnmacht dem Selbstmord vor, und die erste praktische Folge, die wir dieser Wahl geben, ist die Verwerfung der Anleihe.“ (Bravo.)

Nach Feststellung der Rednerliste erhält das Wort: Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Referent hat vorher von den traurigen Konsequenzen gesprochen, zu welchen die weitere Entwicklung der Sachlage geführt hat. Damit Sie sehen, wie gern ich bereit bin, Ihnen alle möglichen Aufschlüsse zu geben, welche die Sachlage zuläßt, so erlaube ich mir Ihnen, nicht in der Form eines Aktensüßes, sondern in der Form einer mündlichen Mittheilung, einen Theil einer vor einigen Tagen an die deutschen Regierungen gerichteten Depesche vorzulesen. (Die Depesche entwickelt, daß die preussische Regierung keineswegs dem Bunde und seinen Anschauungen entgegengetrete, sondern nur ihre Stellung zu der Frage und den Kontrahenten des Londoner Protokolls zu berücksichtigen habe. Die Depesche macht ferner darauf aufmerksam, daß zwischen der Rückkehr der Herzogthümer unter dänische Oberhoheit und zwischen einer Vereinigung derselben unter einer neuen Dynastie noch andere Möglichkeiten liegen, unter welchen vor Allem eine Personal-Union zwischen ihnen und Dänemark hervorzuheben sei, etwa in der Art wie zwischen Schweden und Norwegen. Dabei werde Schleswig-Holstein durch seinen Rückhalt am deutschen Bunde einen Schutz finden,



der ihm nur von Vortheil sein könne, während man wahrscheinlich die dynastische Lösung nur mit Aufopferung der Zusammengehörigkeit der Herzogthümer und der Rechte der deutschen Bewohner Schlesiens lösen könne.) In Betreff der in der Kommission angeregten Frage, welcher Rechtstitel zur Einmischung in Schleswig dem Bunde zu Gebote stehe, habe ich dasjenige Altentstück mitgebracht, auf welches in der Kommission Bezug genommen worden ist und worin gesagt sein soll, daß die beiden Herzogthümer alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben sollen. Es ist das eine vom Föhrn. v. Recklin an die deutsche Bundesversammlung gerichtete Note, durch welche der Schriftwechsel abgeschlossen wurde. Es ist aus dem Inhalt derselben schon mit einiger Schwierigkeit ein Einmischungsrecht des deutschen Bundes zu folgern; noch schwerer wird es sein, dieses Recht bei den europäischen Mächten zur Geltung zu bringen. Wenn aber das Erbrecht in Schleswig auf die Deduktion „gegründet werden soll, daß beide Herzogthümer nicht von einander getrennt werden dürfen und daß darum der Erbe von Holstein auch Schleswig mit bekommen muß, so läßt sich diese Deduktion auch umkehren und für den Erben von Schleswig geltend machen.“

Abg. Dr. Virchow: Die Regierung erkennt jetzt ebenfalls an, daß der Zustand, wie er 1852 in den Herzogthümern geschaffen worden gegenwärtig ein unmöglicher ist. Eine solche Erklärung hatten wir bis jetzt noch nicht gehört. Früher hat grade aus dem Beharren bei den Abmachungen von 1852 der Ministerpräsident das Recht Preußens, als europäische Großmacht einzugreifen, hergeleitet. In der heute mitgetheilten Note erklärt er nun auch eine Lösung für möglich, wonach zwischen den Herzogthümern und Dänemark eine Personal-Union bestehen würde. Er scheint also doch endlich eingesehen zu haben, was hier im Hause schon wiederholt erörtert ist: daß nämlich mit den Abmachungen von 1852 nichts gemacht werden kann. Möchte doch der Herr Ministerpräsident seine Vertragstreue in andere Bahnen lenken. (Lebhaftes Bravo.)

Nach den heutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten hält derselbe noch immer an Londoner Protokoll fest. Es ist schon wiederholt erörtert, daß dies nur im russischen Interesse ist, indem dadurch alle Erbberedungen bis auf die Glücksburger zu Gunsten der Gottorp'schen Linie befeitigt sind. Nur ein Staatsmann, der ein solches Interesse leitet, kann eine solche Politik treiben. Im Interesse des preussischen und deutschen Volkes wäre es gewesen, wenn die preussische Regierung mit der schwedischen sich in Verbindung gesetzt hätte, um die skandinavische Union zu Stande bringen zu helfen; dadurch wäre eine wirklich starke Macht am Sund entstanden, deren Interessen nicht mit denen Deutschlands kollidirten, sondern die zu seinem Schutze gegen die Uebergriffe Englands und Rußlands dienen würde. Die Politik Dänemarks ist natürlich auf die Annetirung der Herzogthümer hingewiesen, eine skandinavische Union würde darauf verzichten können; jedenfalls wäre ein desfallsiges Uebereinkommen mit Deutschland nicht schwer. Unter diesen Umständen trage ich kein Bedenken, der vorgeschlagenen Resolution mich anzuschließen, ebenso dem Amendement Groot, welches der Verwahrung gegen die Politik des Ministerpräsidenten einen schärferen Ausdruck giebt.

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Redner hat mich dahin verstanden oder verstehen wollen, daß ich in der von mir vorgelesenen Depesche die Abmachung von 1852 als unmöglich bezeichnet hätte, und daß, wenn ich mich bei der Länge seines Vortrages seiner Worte noch recht erinnere, ich hierzu durch die Ueberredung der Redner dieses Hauses mich hätte bewegen lassen. Ich habe vielmehr die Zustände, welche von 1852 bis zum vorigen Jahre in Dänemark bestanden, für unmöglich und ihre Wiederkehr für unzulässig bezeichnet. Sollten die Stipulationen, welche während dieser Zeit unausgeführt geblieben sind, unausführbar sein, so ist das Dänemarks Sache. Der Redner hat ferner geäußert, er sehe nicht, wie die Verabredungen von 1852 noch dazu dienen sollten, eine Inkorporation Schlesiens zu verbüten, da diese bereits erfolgt sei: es ist dies vollkommen richtig, wohl aber können diese Verabredungen als Basis dienen, für das Einschreiten der europäischen Mächte gegen die Inkorporation.

Abg. Graf v. Wartensleben (vom Platz). Meine Herren! Ich bin ein echter Pommer. (Rufe: „Auf die Tribüne.“)

Vizepräsident v. Arnsh. Jedes Mitglied hat das Recht, vom Platze oder von der Tribüne zu sprechen; bei größeren Debatten ist es indessen allerdings Niemand, daß die Redner die Tribüne besteigen.

Abg. Gr. v. Wartensleben. Da dies mein Recht ist, so werde ich vom Platze sprechen. — Meine Herren! Wenn ein echter Pommer nach Baiern kommt, so verstehen sie ihn dort nicht und wenn ein echter Schwabe nach Pommern kommt, so verstehen wir ihn auch nicht. Darin sehe ich den göttlichen Rathschluß, daß es einen Nationalegoismus geben muß, und ich meine Herren kenne nur den preussischen Standpunkt und das preussische Interesse, und ich beklage es daher, daß wir in dieser Frage einen Blick werfen sollen auf das Ausland und auf das Verhalten Anderer. Sie haben entschieden das Recht, Ihr Votum gegen die Anleihe abzugeben, aber Sie haben keineswegs das Recht, dem Ministerium den Gang seiner äußeren Politik vorzuschreiben, das ist ein Eingriff in die Prerogative der Regierung. Die Anleihe verweigern, ist Ihr Recht, die Resolution fassen, Unrecht. Sie fürchtet einen Bürgerkrieg mit den deutschen Staaten, meine Herren. Im Interesse der Menschheit würde ich das für ein Unglück, im preussischen Interesse für ein Glück halten. (Murren und Unruhe). Ja, meine Herren, denn dann kann der preussische Adler weitergreifen und seine Schwingen ausdehnen. (Heiterkeit.) Es ist das Interesse Preußens, so weit als möglich Boden in Deutschland zu fassen und sich auszubreiten. Die deutsche Einheit werden wir nicht

mit Worten machen, sondern nur mit Thaten! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller: Der Redner hat das Recht des Hauses bestritten, die Bewilligung der Anleihe an Bedingungen zu knüpfen und in einem darauf gerichteten Beschlusse einen Eingriff in die Prerogative der Krone erblicken zu müssen geglaubt; kein Schluß kann falscher sein als dieser: Wer so argumentirt, steht bewußt oder unbewußt noch auf den Boden des Absolutismus, nicht auf dem des Verfassungsstaates. Die Rechte der Krone, wie sie Titel III. der Verfassungs-Urkunde festgestellt hat, wird dieses Haus stets auf das Gewissen haftefte achten, aber es wird auch nicht um ein Komma weiter gehen und es verlangt dieselbe gewissenhafte Beobachtung für die Rechte der Landesvertretung, wie sie in andern Artikeln derselben Verfassungs-Urkunde festgestellt sind. Art. 103 sagt ganz klar, daß Staatsanleihen nur auf Grund eines, durch Einwilligung aller drei Faktoren der gesetzgebenden Gewalt zu Stande gekommenen Gesetzes aufgenommen werden können. Dieses Haus hat das Recht, seine Einwilligung zu ertheilen; es hat das Recht, sie zu versagen; es hat also auch das Recht, einen Beschluß zu fassen, der dazwischen liegt, das heißt eine bedingte Einwilligung auszusprechen. Darin liegt allerdings eine Beschränkung der Rechte der Krone, welche aber in allen Verfassungsstaaten stattfindet und von der ganzen Welt, die Herren auf der rechten Seite dieses Hauses angenommen, als heilsam und förderlich für das Staatswohl erachtet wird.

Abg. v. Blandenburg: Man behaupte, die Politik der preussischen Regierung sei ohne Sympathie im Lande und frage, wen Bismarck hinter sich habe. Darauf erwiderte er: Vor sich hat er den Krieg und hinter sich die Armee, die königl. preussische Armee, von welcher, wenn sie sich zurückzieht, man nichts Anderes sagen kann, als daß sie dies auf Befehl des Königs gethan habe. (Bravo rechts.) Er könne sich nicht für einen künftigen Herrscher in Holstein erklären, welcher schon in den ersten Stadien seiner Laufbahn und in der gegenwärtigen Zeit den Versuch mache, durch ein Schreiben an Louis Napoleon seiner Sache Vorstüb zu leisten. „Ein Fürst, welcher die Hand zu einem neuen Rheinbunde bietet, der giebt seine Dynastie für immer auf,“ so habe früher der Abg. v. Carlwiz geurtheilt, und er (Redner) unterschreibe diesen Grundsatz bereitwillig, ohne freilich begreifen zu können, wie Jener heute dazu komme, sich für einen zukünftigen Rheinbundsfürsten zu erklären. Ach dafür fehle ihm das Verständniß, wie man von Preußen verlangen könne, mit England, mit Oesterreich und Rußland zu brechen, um für einen neuen Herzog von Holstein in den Krieg zu ziehen.

Abg. v. Carlwiz ergreift hierauf das Wort für den Kommissionsantrag und zur Rechtfertigung der von ihm beantragten Resolution.

Der Schluß der Generaldebatte wird darauf angenommen, als Redner sind noch eingeschrieben: die Abg. Freie, Waldeck, Jung, v. Mitsche-Collande, Weibauer, Dunder, Graf Schwerin, Twesten u. A. — Ebenso wird die Vertagung auf morgen beschlossen. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Waldeck erklärt, daß er zwar für den Kommissionsantrag eingeschrieben gewesen sei, doch gegen die Resolution habe sprechen wollen.

Der Präsident schließt die Sitzung um 3½ Uhr. — Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Berlin, Freitag, 22. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses antwortete der Ministerpräsident v. Bismarck dem Abgeordneten Schulze-Delitzsch: „Es ist wahr, daß die kleinen deutschen Staaten sich an Preußen anlehnen wollen; die letzten 15 Jahre beweisen, daß sie sich an Oesterreich anlehnen, wovon viel zu leiden gehabt haben. Es ist unsere Aufgabe, mit den skandinavischen Völkern in Eintracht zu leben. Ein Minister, der sich das Vertrauen der Majorität des Hauses erwerben wolle, müßte gegen die Verfassung, gegen den Geist des preussischen Volks gegen die geschichtlichen Traditionen Preußens handeln. Das Haus will ein diplomatischer Hofkriegsrath sein und Preußen unter die Majorität des Bundestages beugen. Das Haus versteht das preussische Volk nicht; der Rocher de bronze Friedrich Wilhelm's I. steht noch!“ Hierauf sagte Graf Schwerin: Er habe sich nach schweren Kämpfen entschlossen, für Ablehnung zu stimmen; er hoffe, der König werde den Bundesbeschluß wegen, der Erfolge anerkennen. Das Ministerium fürchte die Demokratie und das Ausland. v. Bismarck: Die Demokratie hoffe er zu besiegen, die Besorgniß vor dem Auslande sei eine gebotene Vorsicht; er behaupte heute wie immer die Politik der freien Hand. (Ausführlicher Bericht in der nächsten Nummer.)

## Herrenhaus.

Berlin, 21. Januar.

Präsident Graf zu Stolberg-Berninger eröffnet die Sitzung gegen 12½ Uhr. Am Ministerstisch: Graf zur Lippe, Graf Jzpenitz und mehrere Regierungs-Kommissare. Der Handelsminister hat um mögliche Beschleunigung der Berathung der in das andere Haus eingebrachten Eisenbahnvorlagen, wenn diese eventuell in das Herrenhaus gelangen, gebeten. Es wird deshalb die Wahl einer besonderen Kommission gleich nach Schluß der Sitzung beliebt.

Vor der Tagesordnung ergreift Herr v. Kleist-Neßow nochmals das Wort, um dem Hause mitzutheilen, daß er sehr viele Zuschriften, namentlich auch von angesehenen Damen erhalten habe, welche warme Sympathien für Schleswig-Holstein ausdrücken. Er wolle bei dieser Gelegenheit bemerken, daß er kein Gegner Schleswig-Holsteins sei. Herr Hasselbach erklärt es für unzulässig, daß Hr. v. Kleist hier wiederholt seine Ansichten über Schleswig-Holstein ganz geschäftsordnungswidrig vorzutragen sich gemüßigt sehe.

Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe von Gesetzentwürfen von meist lokaler Bedeutung: wegen Aufhebung der lex Anastasiana in den Bezirken des gemeinen Rechts, Verbesserung des Hypothekensystems im Bezirk Ehrenbreitstein, Einführung der Konkursordnung und des sogenannten Aufhebungsgesetzes ebendasselbst. Diese Entwürfe werden unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordneten-Hauses angenommen.

Es folgt die Berathung über die provisorisch erlassene Verordnung vom 23. Juni 1863 wegen Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf hoher See. Das Abgeordnetenhaus hat dieser Verordnung zwar die Genehmigung ertheilt, den Art. III. derselben aber, wonach die Regierung befugt sein soll, dieses Gesetz je nach Bedürfnis abzuändern, gefristen. Die Majorität der Herrenhaus-Kommission hat die Wiederherstellung dieses Art. III., sowie eine kleine redaktionelle Aenderung befürwortet, Herr v. Zander aber durch ein Amendement, daß die ausreichende Unterstützung erhält, beantragt, die Verordnung in der vom Abgeordnetenhaus beliebigen Form anzunehmen.

Berichterstatter Dr. Tilkampff, Herr v. Zander und Graf v. Rittberg befürworten dasselbe; ersterer erklärt, er habe schon in der Kommission gegen die Wiederherstellung des Artikel III. gestimmt; Artikel III. widerspreche einem der wichtigsten Grundsätze der Verfassung, der Verheiligung der drei Faktoren an der Gesetzgebung; man dürfe nicht die Gesetzgebungs-Gewalt Andern delegiren; auch dürfe man den Artikel nicht wiederherstellen, wenn das Gesetz noch in dieser Session zu Stande kommen solle. Auch der Justizminister stimmt aus dem letzteren Grunde dem Amendement zu. Dasselbe wird darauf angenommen.

Die Staatsüberschreitungen der Jahre 1859—1861 werden hierauf ohne Debatte genehmigt; der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des ostpreussischen Landrechts (kleine Kalende) nach den Beschlüssen des andern Hauses angenommen, ebenso wie auch der Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf Seeschiffen. Aus dem Bericht der Matrikelkommission ist hervorzuheben, daß das Herrenhaus gegenwärtig aus 275 Mitgliedern besteht, von denen 10 bis jetzt noch nicht in das Haus eingetreten sind, und zwar 5 erblich berechnete Mitglieder des hohen Adels, zwei Vertreter der Städte Trier und Nordhausen und 3 aus Allerhöchstem Vertrauen Berufene. Herr v. Bernuth macht darauf aufmerksam, daß 6 Städte, darunter die größten, Berlin, Breslau, Köln und Danzig zum Theil schon seit langer Zeit in diesem Hause unvertreten seien. Ohne Anträge zu stellen, habe er dies zur Sprache bringen wollen, damit das Haus sich in dem Wunsche vereinige, die Vertretung dieser Städte herbeizuführen. Schließlich werden noch einige Anträge, Abänderungen der Geschäftsordnung des Hauses betreffend, erledigt, welche von keinem allgemeinen Interesse sind. Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend, falls an diesem Tage die Budgetberathung erfolgen kann, andernfalls am Montag.

Berlin, 21. Januar.

— Die hier erscheinende „Provinzial-Correspond.“ enthält folgende wichtige Mittheilung: Das Herrenhaus wird unzweifelhaft das Werk des Abgeordneten-Hauses gleichfalls verwerfen, und die Regierung wird hiernach von Neuem genöthigt sein, die Verwaltung ohne ein zu Stande gekommenes Staatshaushaltsgesetz nach bestem Gewissen fortzuführen, zumal da das Abgeordnetenhaus soeben auch den Gesetzentwurf abgelehnt habe, durch welchen bestimmt werden sollte, wie es in einem solchen Falle zu halten ist. Der Landtag aber dürfte, nachdem sich die Fruchtlosigkeit seiner Sitzungen nach allen Seiten hin klar herausgestellt hat, ohne Weiteres geschlossen werden.

— Die „Kreuzzeitung“ meldet, daß der Schluß des Landtags in den ersten Tagen nächster Woche stattfinden, vielleicht schon nächsten Montag.

— Die „B. u. S. Ztg.“ hört gerüchtsweise wieder von Kabinettsveränderungen sprechen, die indeß keinerlei Systemwechsel repräsentiren. Unter den abgehenden Ministern wird der Handelsminister Graf Jzpenitz und als sein Nachfolger Baron v. Puttkammer-Zarenthin, — für welchen schon früher einmal das gleiche Portefeuille bestimmt sein sollte — genannt; ebenso wiederholt sich die Nachricht vom Austrreten des Finanzministers v. Bodelschwingh, an dessen Stelle der Oberpräsident der Provinz Magdeburg, Hr. v. Witzleben treten werde.

— Fast täglich laufen der Kronprinz und die Kronprinzessin Schlittschube und zwar auf der eigens zu diesem Zwecke eingerichteten Eisbahn dicht am zoologischen Garten. Dieselbe ist während der Anwesenheit der Herrschaften für das Publikum durch Schutzleute abgesperrt.

— Wie die „Volksztg.“ hört, haben in Berlin sich 1000 Männer aus turnerischen Kreisen bereit erklärt, für die Rechte Schleswig-Holsteins mit den Waffen einzutreten, halten es aber unter den jetzigen Umständen für gefährlich, offen mit ihren Namen hervorzutreten.

Stralsund, 17. Jan. Die Meerenge zwischen der Stadt und der Insel Rügen ist bereits seit einer Woche für Pferde und Wagen passirbar und die anhaltende scharfe Kälte läßt erwarten, daß das Eis sich in diesem Winter lange halten wird.



Lübeck, 19. Jan. Die Königl. preuß. Truppen, die seit dem 26. und 27. Dec. hier und in unserer Umgegend einquartiert sind, werden, dem Vernehmen nach, einige Tage früher, als anfänglich bestimmt, nämlich schon übermorgen, am 21. v. M., ihren Weitermarsch nach Holstein antreten. Wie es heißt, werden die sämmtlichen nach Holstein dirigirten preußischen Truppen sich zunächst bei Plön konzentriren. Ueber bevorstehende Durchmärsche von preußischen Truppen hört man, daß solche vom 22. v. Mts. an während einiger Tage durch Orte unserer Umgegend und zwar durch Wölsn und Ruffe, am 25., 26., 27. und 28. Januar aber durch Lübeck selbst stattfinden werden.

Hamburg, 20. Jan. Nach der heute erschienenen „Eckernförder Ztg.“ sollen die holsteinischen Vermittler, welche sich in Schleswig aufhalten, nicht angehalten werden, sich zum Kriegsdienste zu stellen. Wegen des schweren Elbeisganges und Nebels können augenblicklich Schiffe Glückstadt nicht verlassen. Den „Hamburger Nachrichten“ wird aus Kiel mitgetheilt, daß der dortige schleswig-holsteinische Verein beschloffen habe, die Landesregierung zu veranlassen, die Stroh- und Heu-Ausfuhr zu verbieten. Die nach Frankfurt abgehende, vorläufig 140 Personen starke Landesdeputation wird morgen in Hamburg eintreffen. Als Vertreter der Kieler Kommune hat sich der Senator Klotz und der Bürgerworthalter Krause an derselben betheiligt.

Kiel, 20. Jan. Die Nachricht von dem bevorstehenden Einmarsch preußischer und österreichischer Truppen in Holstein hat hier große Erregung hervorgerufen, um so mehr, als bereits heute für das hier garnisonirende Bataillon Sachsen Ordre zum Rückmarsch eintraf. Es verlautet morgen Kiel und Wied, wie es hier heißt, übermorgen durch Oesterreicher ersetzt werden. Man will die Ehrenwache für den Herzog Friedrich, die nun zur Sicherheitswache werden würde, verdoppeln. — Auch Graf Neventlow-Jersbed hat beim Herzoge eine Audienz gehabt und in der am 18. Januar jedes Jahres stattfindenden Sitzung der Ritterschaft hielt zum aufrichtigen Erstaunen Aller, aber auch zur Freude über die spät gekommene, aber doch gekommene Bekehrung, Graf Neventlow-Farve eine warme Rede zu Gunsten des Herzogs Friedrich, in welcher er es als eine heil. Pflicht hinstellte, den letzten Blutstropfen für das Vaterland und für den Fürsten zu vergießen. So haben denn, bis auf fünf, sämmtliche Mitglieder der Ritterschaft dem Herzog gehuldigt. Hiernach sind die Tausend und aber Tausend Holsteiner des Herrn v. Kleist-Neßow zu bemessen, welche Morgens und Abends beten, das Land vor einem Fürsten zu bewahren, der gleichzeitig mit der Demokratie seinen Einzug halte. — Die beabsichtigte Absendung einer Deputation von hier nach Berlin ist ausgegeben.

Wandsbeck, 21. Jan. Als heute um 2 Uhr ein Bataillon des 13. Regiments, welches in Hamburg Tags vorher eingetroffen war und dort übernachtet hatte, als die ersten preußischen Truppen, hier einrückte und auf dem Marktplatz Halt machte, begaben sich der constituirte Polizei-Inspector und die vier Fleckenvorsteher zum Commandeur des Bataillons, Obristlieutenant v. Zimmermann, um gegen den Einmarsch preußischer Truppen Verwahrung einzulegen, die sofort dem Obristlieutenant schriftlich behändigt wurde. Der Protest lautet: „Wir Endesunterzeichneten erklären hiemit, daß wir in Folge eines gestern gefaßten Beschlusses des hiesigen Fleckens-Collegiums dem Herrn Obristlieutenant v. Zimmermann als Commandeur des eben hier eingerückten Bataillons des 13. Königl. preußischen Regiments, für welches hier von der Königl. preußischen Regierung Quartier bestellt war, öffentlich heute die Erklärung abgegeben haben, daß wir dies ohne Wissen der hohen Bundescommissare erfolgte Einrücken des Bataillons als einen Gewaltschritt ansehen und gegen die Quartier-Requisition Verwahrung einlegen müssen.“

So geschahen Wandsbeck, 21. Jan. 1864.

Hierauf erklärte der Obristlieutenant von diesem Proteste dem Prinzen Friedrich Carl Mittheilung zu machen, und rückte das Bataillon nach kurzer Rast in der Richtung auf Ahrensburg weiter.

Frankfurt, den 19. Januar. Die heutige außerordentliche Bundestags-Sitzung war, wie im Publicum verlautete, einberufen worden, um über einen Antrag vom Kgr. Sachsen zu berathen, dessen Inhalt von den Blättern bereits erwähnt worden ist. Der Antrag ist jedoch heute nicht gestellt worden, wahrscheinlich deshalb nicht, weil Oesterreich und Preußen vorher eine beruhigende Erklärung abgaben, wodurch jener gegenstandslos geworden. Die beiden deutschen Großmächte sagen in dieser Erklärung, daß bei den ihnen in Betreff Schleswigs beabsichtigten Maß-

nahmen die fernere Ausführung der Bundesanordnungen in Bezug auf Holstein nicht beirrt, eine Vereinträchtigung der bundesexecutionsmäßigen Besetzung und der Verwaltung Holsteins und Lauenburgs nicht bezweckt werde. Die h. Versammlung trug den vereinigten Ausschüssen auf, über diese Erklärung Bericht zu erstatten. (Wie wir hören, ist diese in Form einer Circulardepesche auch an die deutschen Höfe abgegangen.) Es folgten Bericht aus Holstein, Privatrecclamationen, Vorträge über Bundesfestungssachen &c.

Aus Mitteldeutschland, den 19. Jan. Wie aus Bonn, so sind auch aus Aachen und Barmen neuerdings Adressen an das preussische Abgeordnetenhaus abgegangen, welche dem entschiedenen Eintreten desselben für die Sache der Herzogthümer gegen die Regierungspolitik ihre Anerkennung und Zustimmung aussprechen. Andererseits wurde aus Rheydt eine mit 550 Unterschriften versehene Adresse für Schleswig-Holstein an den König gerichtet. —

Wien, 20. Jan. Die „Wiener Zeitung“ ist in der Lage, die Worte, die Se. Majestät der Kaiser an die abmarschirenden Truppen gerichtet hat, wie folgt, mitzutheilen:

„Ehe die heute ausgerückten Truppen an ihre neue Bestimmung abgeben, spreche Ich denselben meine volle Befriedigung aus über ihre Haltung während der Zeit, die sie hier in Garnison waren.“

Sie haben die Bestimmung, die österreichischen Waffen in fernem Gegenden zu vertreten.

Ich weiß, daß Sie uns Ehre machen, daß Sie unsere Fahnen hochhalten werden.

Deshalb erwarte ich für den Fall einer feindlichen Action, daß Sie mit den preussischen Truppen an Tapferkeit und Ausdauer wetteifern werden.

Ich erwarte echte Kameradschaft mit den preussischen Waffenbrüdern.

Ich erwarte die strengste Disziplin in jeder Beziehung.

Diese wenigen Worte habe Ich Ihnen an's Herz legen wollen, und nun leben Sie wohl, meine Herren, Gott geleite Sie.“

Paris, 18. Jan. Der dänisch-deutsche Streit erregt hier noch immer Befürchtungen, namentlich seitdem Oesterreich und Preußen in so cavalierier Weise dem auf die gesammte öffentliche Meinung von Deutschland sich stützenden Bunde das Heft aus der Hand zu nehmen suchten. Der Argwohn der sich jenseits des Rheins gegen Frankreichs Absichten ausspricht, ist wohl an und für sich zu begreifen, aber es wäre auf der andern Seite doch lächerlich, wenn Deutschland aus Superflügheit die Verlegenheit Napoleons III. nicht benutzen wollte, blos um das Vergnügen zu haben, diese Verlegenheit auf eigene Kosten fortbauern zu sehen. Niemals hatte Deutschland, niemals hatte Preußen eine so gute Gelegenheit, eine respectable Stellung einzunehmen und den Grund zu einer erschütterungslosen Umgestaltung der so betrübenden heimischen Verhältnisse zu legen und da muß Preußen seinem und, wir sagen es rundweg, Deutschlands Erbfeinde, dem Hause Oesterreich, die Hand bieten, um dem Vaterlande eine neue Enttäuschung, eine neue Demüthigung zu bereiten.

Stockholm 15. Jan. Im gestrigen „Dagblad“, das mit der Regierung in Verbindung steht, wird remonstrirt, daß ein Krieg Schwedens mit dem deutschen Koloss unserem Lande ungeheure Kosten aufbürden würde, zu deren Beschaffung die Hilfsquellen des Landes nicht ausreichen würden. Nach allen Richtungen hin würde ein solcher Krieg uns unersetzlichen Schaden zufügen, ohne daß wir nach menschlicher Voraussicht für Dänemark das Mindeste von wirklicher Bedeutung abrichten könnten. Es sei eine christliche und politische Pflicht, vor Allem sein eigenes Land und Volk vor unberechenbaren Leiden zu wahren und sich nicht in einen Kampf zu wagen, durch welchen wir nach vernünftiger Berechnung unsere Stammverwandten nicht zu ihrem Recht verhelfen werden und für welchen wir als Belohnung nichts anderes zu erwarten haben, als die Ehre, welche schwedische Tapferkeit unzweifelhaft auf dem Schlachtfelde ernten wird. Eine kluge und nationale schwedische Regierung müsse sich deshalb bei der deutsch-dänischen Streitfrage passiv verhalten, eine Politik, welche die kürzlich heimgereisten Mitglieder der Reichsstände auch angerathen und welche die große Mehrzahl des edlen schwedischen Volkes gebilligt hat.

London. Dem „Advertiser“ zufolge hat der Kaiser Napoleon an den König von Preußen ein Privatschreiben gerichtet, welches auf den eigentlichen Sinn und Zweck der letzten von der französischen Regierung an die deutschen Mittel- und Kleinstaaten erlassenen Rundnote ein überraschendes Licht wirft. Der Kaiser Napoleon schlage vor, auf der Grundlage des in diesem Augenblick vorhandenen status quo eine Unterhandlung zu eröffnen. In den Herzogthümern liege die Ursache aller Unordnung und Aufregung in dem Widerspruch zwischen dem dynastischen Ver-

bande mit Dänemark und der wirklichen Vereinigung mit Deutschland. Diesen unglückseligen Stand der Dinge sollte man nicht befestigen, wie das Londoner Protokoll vergebens versucht hat. Der Knoten müsse durchgehauen werden. Folglich schlage Napoleon — eine Theilung der Herzogthümer vor. Holstein sei in diesem Augenblick thatsächlich und de facto mit Deutschland vereinigt und sollte es bleiben. Schleswig sei eben so mit Dänemark vereinigt und die Abschaffung der Novemberverfassung wäre daher unmöglich, ja ungesetzlich. Wenn eine specielle Konferenz auf dieser Basis stattfinden, wäre er bereit, sie zu beschicken. Seine Quelle giebt der „Advertiser“, für sich selbst eine sehr ungenügende Autorität, nicht an.

Japan. Laut neuestem Berichte des Chefs der schweizerischen Gesandtschaft in Japan wird sich dieselbe zur Stunde schon auf der Heimreise nach Europa befinden. Der von den Blättern gemeldeten angeblichen Verständigung des Fürsten Satsuma mit den Engländern scheint Herr Humbert nicht viel Vertrauen zu schenken. Eine eigenthümliche national-öconomische Operation der japanischen Regierung ist die angeordnete Zerstörung von drei Vierteln der Eier der Seidenraupen, wodurch die Preise der Seide auf ihrer Höhe erhalten werden sollen. Einige vermuthen hinter dieser Maßregel ein politisches Motiv, nämlich die Absicht, auf diese Weise die Fremden vertreiben zu wollen, indem man calculire, sie würden von freien Stücken das Land verlassen, wenn sie in demselben keinen ihrer Speculation werthen Artikel mehr finden. Seide und Thee sollen die einzigen Artikel sein, welche des Exports werth sind.

#### Nachrichten aus Posen und Polen.

Von der polnischen Grenze, 19. Januar. Mieroslawski hat an die Agenten und Unter-Organisatoren der General-Organisation ein Circular zur „allgemeinsten Verbreitung“ erlassen, in welchem er sie warnt, den in letzter Zeit wiederholt über seine Entlassung verbreiteten Gerüchten Glauben zu schenken. Als Urheber dieser „aller thatsächlichen Grundlage entbehrenden“ Gerüchte bezeichnet er russische Polizei-Agenten, die sich mit der Fabrication falscher Decrete der National-Regierung beschäftigten, die dann von einer gewissen polnischen Partei (der Czartoryskischen), die von jeher der National Sache durch Intriguen und Schürung von Parteizwist geschadet habe, mit auffällender Geffentlichkeit verbreitet und in ihrem selbstischen Partei-Interesse ausgebeutet würden. Aus derselben Quelle würden auch gefälschte Decrete der National-Regierung in Umlauf gesetzt, welche der National Sache zu Spott und Hohn gereichende Er-nennungen enthielten. Am Schlusse des Circulars heißt es: „Da ich mich auf die von der National-Regierung mir anvertraute General-Organisation beschränke, so würde es unter andern Umständen fast überflüssig sein, die Agenten und Organisatoren dieser Abtheilung warnend darauf hinzuweisen, daß die National-Regierung lediglih durch Vermittelung des höchsten und verantwortlichen Beamten der General-Organisation mit allen übrigen Organen und Schichten derselben in Rapport steht, und daß sie dem gedachten Beamten insgeheim ihren Willen kundgiebt, lediglih durch Vermittelung des durch Dekret vom 16. December bei ihm angestellten außerordentlichen Kommissars, dessen Namen und Charakter der Nation wie ganz Europa bekannt ist. Daraus folgt, daß ohne Ausnahme alle Befehle, Beschlüsse und Kundgebungen, welche scheinbar mit dem Siegel der National-Regierung versehen sind, aber nicht auf dem geordneten Wege an ihre Adresse und in die Deffentlichkeit gelangen, mindestens verdächtigen Ursprungs sind, und von jedem wahren Polen als verbrecherische Fälschungen verfolgt werden müssen.“

— Die revolutionaire Regierung hat für den preussischen Antheil einen „vollziehenden Ausschuss“, wie solcher in Pithhauen besteht, eingesetzt, der mit dem 1. December v. J. seine Wirksamkeit begonnen hat. Aufgabe dieses Ausschusses ist, in die Thätigkeit zur Befreiung Polens Disziplin und Einheit zu bringen. (Dff. Z.)

#### Locales und Provinzielles.

Danzig, den 23. Januar.

— Am nächsten Montag wird Herr Pphsifer Böttcher einen neuen Cyklus seiner Vorträge im Apollosaale beginnen. Wir ergreifen mit Freuden die Gelegenheit, unsere Leser hierauf aufmerksam zu machen. Denn was Herr Böttcher bietet, übertragt bei Weitem alle Productionen ähnlichen Genres, indem es durch eine sinnreiche Belehrung im Dienst der strengen Wissenschaft steht und zugleich auf die angenehmste Weise unterhält.



[Concert.] Das gestern von Herrn Zürn im großen Saale des Gewerbehause veranstellte Concert war so besucht, daß kaum mehr Platz zu finden war. Die zur Aufführung gelangten Piecen wurden fast sämmtlich von den Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen, besonders diejenigen, in denen Cello als Concertinstrument verwendet wurde. — Herrn Zürn's Vogenführung ist eine sehr elegante, das Instrument singt unter seinen Händen und dieser Gesang ist namentlich im Piano ein tief ergreifender. — Von den übrigen Werken möge wohl der sehr sorgfältigen Aufführung des ersten Satzes aus Beethovens unsterblichem C-moll-Concert der Preis des Abends zuerkannt werden dürfen. Die Meditation von Bach, welche wir seit kaum Jahresfrist zweimal zu hören Gelegenheit hatten, wollte uns in dem Arrangement für Cello und Harmonium nicht recht behagen; eine solche Abwechslung mag übrigens immerhin gerechtfertigt erscheinen. — Möge Herr Zürn uns noch mehr Gelegenheit geben, von seinem schönen Talente zu profitieren, mögen ihm aber auch stets so treue und wackere Mithelfer zur Seite stehen, wie das gestern der Fall war. —

Strasburg i. Westpr., 21. Jan. Die Untersuchung gegen den suspendirten Landrath v. Young hat heute begonnen und zwar durch einen eigens dazu committirten Ministerial-Beamten, den Regierungs-Assessor v. Wolf.

Gumbinnen, 21. Jan. Gestern Abend wurde der Regierungs- und Schulrath Voß auf der Straße von einem Schlaganfälle betroffen, der seinen augenblicklichen Tod zur Folge hatte.

Königsberg. Raum gegen eine Kaution von 500 Thlr. zum zweiten Male seiner Haft entlassen, ist Graf Schotomsky am Donnerstag zum dritten Male auf direkte Requisition aus Berlin hier verhaftet und dem hiesigen Gerichtsgefängnisse überliefert worden.

**Meteorolog.**

Am 20. d. M., des Morgens 7 Uhr, hat der Ober-Regierungs-Rath Pavelt nach dreitägigem Krankenlager in einem Alter von fast 69 Jahren das Zeitliche gesegnet. Der Berewigte, am 4. Juni 1795 zu Süßwinkel bei Breslau geboren, folgte im Jahre 1813, damals Student auf der Universität zu Berlin, der Volks-Begeisterung, um für die Befreiung des Vaterlandes gegen Napoleon zu kämpfen. Er socht als freiwilliger Jäger in den Feldzügen 1813 bis 1815 tapfer mit und avancirte zum Offizier. (Als solcher gehörte er der Landwehr-Kavallerie bis 1821 an). Nach dem glorreichen Freiheitskriege nahm der Verstorbene seine unterbrochenen Studien wieder auf, wurde im Jahre 1817 Referendarius bei der Königl. Regierung zu Breslau, im Jahre 1822 Regierungs-Assessor und arbeitete als solcher bis 1824 bei den Königl. Regierungen zu Magdeburg, Erfurt u. Merseburg. Am 8. März 1824 zum Landrath des Kreises Zeitz berufen, hat er in diesem Amte 7 Jahre lang segensreich gewirkt und sich die Liebe und das Vertrauen der Kreis-Bewohner erworben. Im Jahre 1831 wurde er zum Regierungs-Rath befördert und gehörte als solcher dem Regierungs-Collegio zu Cöslin während der Zeit von 3 1/2 Jahren und dem Regierungs-Collegio zu Liegnitz während der Zeit von 4 3/4 Jahren an. Am 31. Mai 1839 erfolgte seine Ernennung zum Ober-Regierungs-Rath und Dirigenten der Königl. Regierungs-Abtheilung des Innern zu Stettin. An die hiesige Kgl. Regierung wurde er am 1. Octbr. 1851 in derselben Eigenschaft und zugleich als Stellvertreter des Regierungs-Chef-Präsidenten, wie auch als Dirigent des Spruch-Collegiums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten versetzt. Streng gegen sich selbst und gegen seine Untergebenen in Erfüllung der dienstlichen Pflichten, wußte der Berewigte stets Gerechtigkeit im Auge zu behalten. In einem Zeitraum von mehr als 13 Jahren, den er in seiner letzten amtlichen Stellung verlebte, ist er allen Beamten ein Vorbild gewissenhafter Pflichtenfüllung gewesen. Sein Dienstfever ging so weit, daß er selbst bei angreifenden physischen Leiden, die oftmals bei ihm eintraten, seine Thätigkeit nicht einstellte. Diesen Dienstfever hat er auch auf seinem letzten Krankenlager an den Tag gelegt; denn nur zwei Tage vor seinem Dahinscheiden hat er seine Dienstgeschäfte abgegeben. Vor Allem kennzeichnete den Berewigten eine unantastbar hingebende Treue für seinen König. Seine erfolgreiche Thätigkeit ist mit verdienten Auszeichnungen geehrt worden; er besaß den Rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, den Russischen St. Annen-Orden 2. Klasse, die Kriegs-

Denkmünze von 1813—15 für Kombattanten, die Krönungs-Medaille und die Erinnerungs-Kriegs-Denkmünze für die Krieger der Feldzüge 1813, 1814 und 1815. An dem Sarge des Berewigten stehen die tiefbetrübte Wittwe, zwei Söhne, von denen der eine Königl. Oberförster und der andere Baumeister ist, und drei Töchter. Mit ihnen betrauern viele Freunde, seine Amtsgenossen und die Verwaltungs-Beamten des Regierungs-Bezirks Danzig den unerwarteten harten Verlust. Auch nach seinem Scheiden wird sein Vorbild unter Allen, die ihm nahe standen, fortleben, und die Erinnerung an sein gerechtes, wohlwollendes Walten in Verehrung, Liebe und Dankbarkeit bewahrt bleiben. Sanft ruhe seine Asche! —

**Meteorologische Beobachtungen.**

22	4	336,60	+ 1,6	SW. schwach, bezogen u. Nebel.
23	9	335,05	+ 3,0	do. do. do. do.
	12	334,56	+ 4,0	do. do. do. do.

**Börsen-Verkäufe zu Danzig am 23. Januar.**

Weizen, 115 Lst, 135 pfd. fl. 435; 132 33 pfd. fl. 410, 412; 132 pfd. fl. 390, 400, 403, 410, 412; 131 pfd. fl. 400; 129.30 pfd. fl. 370, 380; 129 pfd. fl. 375, 385; 128.29 pfd. fl. 370; 127.28 pfd. fl. 365; 126 bis 127 pfd. fl. 360; 127.28 pfd. schwarzspizig fl. 305 Alles pr. 85 pfd.  
 Roggen, 124 pfd. fl. 219; 126 pfd. fl. 222; 130 pfd. fl. 226; pr. 8 1/2 resp. 125 pfd.  
 Gerste, große, 113 pfd. fl. 198; 119 pfd. fl. 210.  
 Grüne Erbsen fl. 243.

**Bahnpreise zu Danzig am 23. Januar.**

Weizen 125—130 pfd. hant 57—62 Sgr.  
 124—135 pfd. hellb. 60—72 Sgr. pr. 85 pfd. 3.-G.  
 Roggen 122—130 pfd. 36—38 Sgr. pr. 125 pfd.  
 Erbsen weiße Koch. 41—42; Sgr.  
 do. Futter. 37—40 Sgr.  
 Gerste kleine 106—114 pfd. 30—33 Sgr.  
 große 112—120 pfd. 32—36 Sgr.  
 Hafer 70—80 pfd. 20—23 Sgr.

**Kirchliche Nachrichten vom 11. bis 18. Januar. (Schluß.)**

**Heil. Leichnam.** Getauft: Klempnermstr. Döpner in Langejahr Tochter Anna Marie Elisabeth.  
 Aufgeboren: Schiffzimmergef. Christian David Christoph Nabe mit Jgfr. Charl. Wilhelmine Wiler am Holm.  
 Gestorben: Rentier George Luchel in Heiligenbrunn, 89 J. 6 M., Altersschwäche.  
**Himmelfahrts-Kirche zu Neufahrwasser.** Getauft: Steuermann Ratsch Sohn Peter Rudolph. Seefahrer Westphal Tochter Ernestine Carl. Henriette.  
 Aufgeboren: Seefahrer Carl Andreas Drogojch mit Jgfr. Christiane Albertine Engler.  
 Gestorben: Fleischermstr. Leimert Sohn Max Friedrich, 2 J. 9 M. 13 T., Malaria u. Luftröhren-Entzündung. Eigenthümer Mierauf Tochter Marie Elisabeth, 6 J. 3 M. 17 T., Halsbräune.

**Auction zu Osterwick.**

**Dienstag, den 16. Februar 1864**  
 Vormittags 10 Uhr  
 werde ich auf Verlangen des Gutsbesitzer Herrn **Arnold zu Osterwick** wegen Aufgabe der Wirthschaft öffentlich an den Meistbietenden verkaufen:  
**40** Stück sehr gute **Pferde**, bestehend aus starken edlen Jährlingen und tüchtigen Arbeitspferden.  
**70** Stück **Rindvieh**, darunter **6** Stück **Shorthorn**, **10** **Ostfriesen**; im übrigen halb- und dreiviertel Blut, so wie einige Niederungsstücke.  
**20** Stück **Schweine** der starken **Yorkshire-Race**, und zwar 2 Säue mit Ferkeln, 8 schöne junge Säue, 2 ältere und mehrere junge Eber.  
**150** Stück **engl. Fettschaafe**, theils reine **Southdown's**, theils **Cotswold's** (Kreuzung aus Southdown's und Leicester Schaafe) darunter 30 schöne Böcke, von denen 9 Monate alte Lammböcke bis 140 Pf. lebend schwer sind.  
 Der Zahlungs-Termin wird den bekannten Käufern beim Beginne der Auction angezeigt. Fremde zahlen zur Stelle. Fremde Gegenstände dürfen nicht eingebracht werden.

**Joh. Jac. Wagner,**  
 Auctions-Commissarius.

**Das Verzeichniß über Gemüse- u. Blumen-Samen, Obstbäume, Gesträuche etc.**  
 liegt zur Ausgabe bereit, und kann sowohl in der Gärtnerei zu Tempelburg, wie auch in der Blumenhalle Wollwebergasse Nr. 10 gratis in Empfang genommen werden; daselbst werden auch Bestellungen angenommen  
 für **H. Rotholl's Garten,**  
**Carl Ehrlich.**

Zum Betriebe der hiesigen Königl. Dampf-Mahl-Mühle ist die Beschaffung von ca. 40 Last Newcastleer Glanz-Steinkohlen erforderlich und soll dem Mindestfordernden in Entreprise gegeben werden.  
 Hierzu ist ein Termin

auf den **6. Februar c., Vormittags 11 Uhr,** im Bureau des unterzeichneten Proviant-Amtes **Kielgraben Nr. 3.** anberaumt und werden Unternehmungslustige hierdurch aufgefordert, ihre versiegelten Offerten mit der Aufschrift „Submission auf die Lieferung von Steinkohlen“ für die Königl. Dampf-Mahl-Mühle hier selbst, unter Beifügung einer versiegelten Probe der offerirten Newcastleer Kohle, bis zur gedachten Stunde, uns zugehen zu lassen, wonächst deren Eröffnung in Gegenwart der Submittenten erfolgen wird.

Offerten, welche nach Beginn des Termins eingegeben, müssen unberücksichtigt bleiben.  
 Die Bedingungen können in den Dienststunden in unserem Geschäftslocale eingesehen werden.

**Königliches Proviant-Amt.**

Zufolge höherer Anordnung soll das an dem Englischen Damm hier selbst belegene Fourage-Magazin-Gebäude, welches 246' lang, 45' tief, von ausgemauertem Fachwerk, eine Etage hoch, mit Dach-Flannen eingedeckt ist, im Wege der Licitation öffentlich an den Meistbietenden zum Abbruch verkauft werden.  
 Hierzu steht ein Termin

auf **Freitag, den 5. Februar cr., Vormittags 11 Uhr,**

im Bureau des unterzeichneten Proviant-Amtes **Kielgraben Nr. 3.** an, zu welchem Kauflustige hiermit eingeladen werden.

Die Bedingungen können in den Dienststunden in unserem Geschäftslocale eingesehen werden und ist Reflectanten die Besichtigung des zu verkaufenden Gebäudes in den Wochentagen zu jeder Tageszeit gestattet.

**Königliches Proviant-Amt.**

**Stadt-Theater zu Danzig.**

**Sonntag, den 24. Januar.** (4. Abonnement No. 16.)  
**Pech-Schulze.** Pöffe mit Gesang in 3 Acten von H. Salinger. Musik von A. Lang.  
**Montag, den 25. Januar.** (4. Abonnement No. 17.)  
**500,000 Tefel.** Pöffe mit Gesang in 3 Acten und 6 Tableaux von G. Michaelis.



**Apollo-Saal.**  
**Montag, 25.**  
 Abends 7—9 Uhr  
 Darstellungen und Vorträge des  
 Physiker Böttcher.

**Franklin's tragisches Schicksal**  
 in den **Nordpolar-Eismassen.** Hierauf:  
**Brillante Nebelbilder m. Verw.**  
 Entree: **10, 6 und 3 Sgr.**  
 Billets zum Numm. Sitz à **10 Sgr.**  
 sind in Herrn Weber's Kunsthandlung zu haben.  
**Dienstag: Sternenwelt. Rom.**

**Königl. Pr. Lotterie.**  
**Loos-Antheile** zur 129sten Lotterie in 1/100 Thlr. 1., größere Antheile nach Verhältniß) 1/30, 1/15, 1/10, 1/5, 1/4 u. s. w. habe ich noch einige zum Versand übrig.  
**G. A. Kaselow, Stettin.**  
 NB. Außer den **150,000** Thlr. und **50,000** Thlr. Gewinn, welche jetzt in kurzer Zeit auf von mir überlassene Loos-Antheile fielen, brachte die letzte Lotterie wiederum den dritten Hauptgewinn von **50,000** Thlr.

**Das Neueste in Haartouren.**

**W. Schmidt jun.,** Hoffiseur, Berlin, Jerusalem-Strasse 15, 1 Tr., Erfinder der patentirten, ganzen Haartouren ohne Feder und ohne zu kleben mit und ohne Scheitel für Herren, empfiehlt diese Art Touren als die leichtesten, bequemsten, da sie nie drücken können, und auch als die dauerhaftesten, welche Erfahrung ich seit Erfindung ders. in 10 Jahren gemacht habe. — Bei gültigen Aufträgen ist persönliches Erscheinen nicht nötig, sondern es wird gebeten: a) d. Umfang des Kopfes, b) das Maas v. d. Stirn b's z. Nacken, c) v. e. Ohr z. and. über d. Kopf, die Angabe der Haartracht u. eine Haarprobe einzusenden.  
 Auch fertige ich jede Art Klebe- u. Federtouren nach den neuesten, von mir erfundenen Constructionen, die ich seit meinem 24jähr. Bestehen für die Praktischsten finde. Die Preise sind zwischen 3—17 Thlr. Aenderungen gratis.